

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

13. Oktober 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Faschistenterror gegen Auslandspresse

Die römischen Vertreter sollen verantwortlich gemacht werden.

Rom, 13. Oktober. (W.T.B.) „Popolo d'Italia“, „Giornale d'Italia“ und „Impero“ erheben Protest gegen die alarmierenden Falschmeldungen, die im Innern Italiens in Umlauf gebracht und alsdann von den ausländischen Blättern weiter verbreitet werden. „Impero“ schlägt vor, daß die römischen Vertreter der ausländischen Blätter haftbar gemacht werden für die Veröffentlichung ihrer eigenen Blätter gegen Italien, auch für den Fall, daß der betreffende römische Vertreter diese Nachricht nicht geschickt hat. Diese römischen Vertreter sollten einfach ausgewiesen werden.

„Impero“ gibt als das römische Leibblatt Mussolinis. Die dort ausgesprochene Drohung, daß die römischen Auslandskorrespondenten für Veröffentlichungen verantwortlich gemacht werden sollen, die nicht von ihnen stammen, ist einfach ungeheuerlich. Wir sind zwar keine Anhänger von Repressalien, aber in diesem Falle würde die Antwort sehr nahe liegen. Und deshalb glauben wir auch nicht, daß die Faschistenregierung diesen neuen Gewaltstreich wagen wird.

Mussolini ist ein Dieb und Mörder!

Ruft der Matteotti-Mörder Dumini auf offenem Platze aus.

Man schreibt uns aus Chiasso:

Telegraphisch ist die Nachricht über die wegen Beleidigung Mussolinis erfolgte Verurteilung des seinerzeit in Chiasso freigesprochenen Matteotti-Mörders Amerigo Dumini bereits in der Presse verbreitet worden. Das ist alles gewesen, was die Zensur hat passieren dürfen. Es ist jedoch nicht zu unterschätzen, zu wissen, welchen Verlauf die Dinge eigentlich genommen haben. Wir sind auf Grund uns aus besser Quelle zugegangenen Informationen in der Lage, ein Licht in die ganze Angelegenheit werfen zu können.

Der Eindruck, den die Verhaftung und Verurteilung Duminis in Rom hervorgerufen hat, ist tiefgehend und hat gleichzeitig veranlaßt, den Einzelheiten des Falles sorgsam nachzugehen. Es ist Tatsache, daß Dumini seit einiger Zeit schon bei jedem Schritt von der Polizei wegen seiner expressiverischen Drohungen und der, er wolle mit Cesare Rossi, dem früheren Presseschef Mussolinis, in Frankreich zusammenzutreffen, beschattet worden ist. Als sich Dumini von Rom nach Parma begab, um dort den ehemaligen Generalsekretär der faschistischen Partei, Farinacci, aufzusuchen, wurde er von der Polizei verwarnt, sofort nach Rom zurückzukehren und das Weichbild der Stadt nicht mehr zu ver-

lassen. Die Ueberwachung ist in den letzten Wochen noch strenger geworden.

Ohne daß andere Beweggründe etwa ausgeschlossen wären, hat grundsätzlich die finanzielle Enttäuschung Dumini gegen den Duce aufgebracht. Nach dem Matteotti-Prozess soll er nur 65 000 Lire als Entschädigung erhalten haben, aber er hatte außerdem noch beträchtliche Schulden zu bezahlen, die seine Familie während seiner Festerlegung eingegangen war. Kürzlich erhielt er dazu noch die Aufforderung der auf ungefähr 30 000 Lire berechneten Prozesskosten, die er in einem Schreiben an den königlichen Präfecten in Rom (das wir bereits abgedruckt haben, Red. d. „V.“), als für die Direktion der faschistischen Partei zuständig erklärt hatte. Er traf darauf einen der Führer des Faschismus, Suckert, und überfiel ihn gleich mit einer Reihe von Schmähungen, ging von da zu einer Reihe von Beleidigungen und Anklagen gegen den „Verräter Mussolini“, den „Polizisten Federzoni“, gegen alle übrigen faschistischen Häupter über und verschonte dabei nur Farinacci. Dumini verlangte eine Unterredung mit Mussolini, die ihm aber nicht gewährt wurde.

Hierüber war Dumini derartig aufgebracht, daß er auf der offenen Piazza Colonna mit lauter Stimme eine Schmäherde gegen Mussolini und die Regierung hielt; die anwesenden Polizeienten, die ihn gut kannten, gaben sich alle Mühe, ihn zu beruhigen und zum Weitergehen zu veranlassen. Aber Dumini bestand weiter darauf und rief u. a. aus: „Mussolini ist ein Dieb und Mörder“ und „in der Regierung sitzen lauter Spitzbuben“. Im dem Standaal ein Ende zu machen, sahen sich die Polizisten gezwungen, ihn festzunehmen und auf die Wache zu bringen.

Was sich aus dieser Angelegenheit noch entwickeln wird, dafür gibt es mannigfaltige Hypothesen.

Mussolini - Christus!

Rom, 13. Oktober. (W.T.B.) „Osservatore Romano“ (das Organ des Vatikans, Red. d. „V.“) führt bitter Klage, daß ein faschistisches Blatt in seinem Enthusiasmus für den Premierminister auch Ausdrücke angewandt habe, die sonst nur für die Person Christi Anwendung gefunden haben. Besonders rügt das Blatt, daß dieses Organ vom Premierminister geschrieben habe: „Venite Adoremus!“ (Kommt, laßt uns anbeten!)

Nur noch Faschistenknuppen?

Rom, 13. Oktober. (W.T.B.) Wie die „Voce Repubblicana“ aus Forlì meldet, wurden dort mehrere Schänken und Cafés geschlossen, mit der Begründung, daß sie von antinationalen Elementen besucht würden.

Ruhe im Landtag.

Heute nur Beratung kleiner Vorlagen.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Preussischen Landtags verlangten die Kommunisten, daß über ihre Mißtrauensanträge abgestimmt werden soll. Die Abstimmungen wurden jedoch auf Freitag verschoben. Dann begann man mit der Beratung der Gesetzesvorlage über die Erweiterung des Stadtkreises Wiesbaden.

Die Verminderung der Rheinbesatzung.

Konferenzen in Paris. — Poincaré und das Saargebiet.

Paris, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Briand empfing am Dienstag abend den kommandierenden General der französischen Rheinarmee, Guillaumat. Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um die Verminderung der Besatzungstruppen. Der Generalfeldmarschall der Rheinarmee hat schon vor einigen Tagen dem Kriegsministerium vorgeschlagen, die Besatzungstruppen abermals um ein Armeekorps zu vermindern. Es blieben dann noch zwei französische Korps im Rheinlande. Gleichzeitig soll auch die selbständige Kavalleriedivision aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich zurückverlegt werden. General Guillaumat wird am Mittwoch mit Kriegsminister Painlevé und dann mit dem Ministerpräsidenten Poincaré über die Herabsetzung der Besatzungsstärke verhandeln.

Ministerpräsident Poincaré, der am Dienstag in Elsass-Lothringen zahlreiche Schulen besuchte und verschiedene Abordnungen und Politiker empfangen hat, erklärte bei einer Aussprache über das Zollproblem, daß die französische Regierung nicht daran denke, das Saargebiet in irgendeiner Form vorzeitig wieder an Deutschland zurückzugeben. Die Regierung sei entschlossen, unter allen Umständen die in Versailles festgesetzten Termine einzuhalten.

Der Umschwung in Prag.

Nach den Pressestimmen ist es gar keiner.

Prag, 13. Oktober. (W.T.B.) Die Morgenblätter beschäftigen sich eingehend mit dem neu ernannten tschechisch-deutschen Kabinett. Das „Prager Tagblatt“ (deutsch-tschechisch) bezeichnet den Eintritt der Deutschen in die Regierung als einen Erfolg des Verfallungsgedankens. Ihn als einen deutschen Erfolg an sich zu werten, sei solange verfrüht, als sich nicht er-

weise, daß die Teilnahme an der Regierung mehr bedeutet als die Teilnahme am Kabinett. Wenn es nur bei einer Teilnahme am Kabinett bliebe, wäre das, was sich jetzt vollziehe, eine Gefährdung, kein Erfolg für die Deutschen, eine nicht geringe Bedrohung auch ihrer politischen Zukunft, da nach einem etwaigen Scheitern einer tschechisch-deutschen Koalition vielleicht noch mehr als bisher die nationalen Kämpfe ausleben würden. — „Bohemia“ (eine Deutsche Volkspartei) erklärt, ein sichtbarer Pakt zwischen beiden Völkern sei nicht geschlossen worden; es handele sich vorderhand nur um einen Versuch, über dessen Wert nur sein Erfolg oder Mißerfolg entscheiden werde. Die beiden neuen deutschen Minister dürften sich nicht überschwinglichen Hoffnungen hingeben. Daß die Republik aus der bloßen Tatsache der Beteiligung der Deutschen an der Regierung Vorteil ziehe, sei sonnenklar, aber ob das Sudeten-Deutschstum einen sichtbaren Gewinn daraus ziehen werde, stehe dahin. — „Narodny List“ (tschechisch-nationaldemokratisch) schreibt, die tschechischen Nationaldemokraten, die in der Regierungsmehrheit, aber nicht im Kabinett vertreten seien, betrachteten es als äußerst vorzeitig, daß eine Regierung gebildet worden sei, in der die Deutschen zur politischen Macht gelangen. In dem Augenblick deutscher Siege auf Kosten des tschechischen nationalen Charakters des Staates würden die Nationaldemokraten die Folgerungen ziehen. — „Narodni Politika“ (auch tschechisch-katholisch) schreibt, es wäre irrig, sich darüber Illusionen zu machen, daß durch die Bildung der neuen Regierung alle Schwierigkeiten, insbesondere solcher nationaler Art, behoben wären. Dadurch, daß sich nunmehr in der Opposition die tschechischen sozialistischen Parteien befänden, sei zum erstenmal seit Bestehen des Staates der Fall eingetreten, daß die tschechischen Parteien sowohl in der Regierungsmehrheit als auch in der Opposition die entscheidende Mehrheit hätten.

Kabinettskrise in Südslawien.

Weil Raditsch Parteiführer bleiben will.

Belgrad, 13. Oktober. (W.T.B.) Infolge der Weigerung Raditschs, von der Leitung seiner Partei zurückzutreten, die die Raditschen gefordert hatten, gelang es im heutigen Ministerrat nicht, über die Erledigung des Kramer Zwischenfalles zu einer Einigung zu gelangen. Ministerpräsident Usunowitsch begab sich zum König, dem er die Demission des Gesamtkabinetts überreichte. Das Präsidium der Skupschina wurde von der Demission verständigt, worauf die Sitzung für die Dauer der Kabinettskrise vertagt wurden.

Schluß mit Feme-Bayern!

Auf dem Wege zur politischen und kriminalistischen Vereinigung.

Es hat in Bayern Feme morder gegeben, wie es anderwärts Feme morder gegeben hat. Eine ziemlich fest umrissene Personengruppe hat einen Feme morder nach dem anderen ausgeführt. Sie hatte Mitwisser in höchsten Beamtenkreisen. Täter und Mitwisser standen in engen Beziehungen zu höchsten Stellen. Das ist das bisherige Ergebnis der Untersuchung des Reichstagsausschusses in München — an diesem vorläufigen Ergebnis aber ist auch nicht mehr zu rütteln.

Der General Epp hat in seiner Aussage diese Tatsache noch einmal unterstrichen, und noch mehr: er hat die Morde verteidigt. Mit brutaler Offenheit sagte er aus: der Feme morder war ein sittliches Recht. Früher einmal schon hat er ausgefagt: der Mord an der Sandmeier war gerechtfertigt. Marie Sandmeier war der amtlichen öffentlichen Aufforderung zur Mitteilung von Waffenlagern an deutsche Behörden nachgekommen — sie wurde deshalb ermordet von Organen, die auf amtlichem Wege davon Kenntnis erhalten hatten. Diese Aussage des Generals Epp läßt keinen Vertuschungsversuch mehr zu. Sie weist eindringlich auf die Komplizität von amtlichen Organen mit den Mördern hin.

Aber weiter: zwischen der Mentalität des Generals Epp und der Mentalität der Erzberger- und Rathenau-Mörder besteht ein innerer Zusammenhang. Wer den morder, der dem Gesetz Gehorham zeigte, der mußte erst recht den morder, der an der Spitze des Staates stand, der das Gesetz erlassen mußte. Mit aller Brutalität ist vor dem Feme-Ausschuß ein Bekenntnis zum politischen Mord abgelegt worden. Wer diesen Epp für sich beansprucht, wer ihn lobt und deckt und mit ihm sympathisiert, der gehört zur Morderpartei!

Es ist für das Ansehen der bayerischen Regierung nicht günstig, daß sie in der Öffentlichkeit den Anschein erweckt hat, als habe sie diese Aufklärung nicht gewollt. Der Beschluß des Reichstagsausschusses, die Zeugenvernehmungen in München vorzunehmen, hat einen Entrüstungssturm in der bayerischen Rechtspresse hervorgerufen, der in eine wüste Hege gegen den Ausschuß ausgeartet ist. Diese Hege geht heute noch weiter. Völkische Zeugen bemühen sich, sie anzufeuern, völkische Reichstagsabgeordnete als Ausschußmitglieder nehmen an dieser Hege teil. Am schlimmsten aber hegen die Freunde der Mörder, die Epp und Röhm.

Die bayerische Regierung ist an diesem Feldzug nicht unschuldig. Hat sie sich auch, als die Wirkungen der Hege hervorstrahlten, alsbald einer zurückhaltenden Haltung befleißigt, so läßt sie es doch ungehindert geschehen, daß in der bayerischen Presse der Ausschuß, einzelne Reichstagsabgeordnete sowie der Reichstag in seiner Gesamtheit in der schwersten Form beschimpft und herabgewürdigt werden. Die Art und Weise, wie sie den Ausschuß in München empfingen hat und wie die Frage des Tagungsortes gelöst wurde, war eine offensichtbare Unfreundlichkeit und hat nicht dazu beigetragen, die Hege zur Ruhe zu bringen.

Die Hege geht aus von den Kreisen, deren Tätigkeit in den Jahren 1920 bis 1923 das Objekt der Untersuchung des Reichstagsausschusses ist. Es sind die Kreise um Kahle und Escherich, die Männer des trockenen Putzsches und des Verfassungsbruchs durch Verfassungsaushöhlung, neben ihnen die Männer des offenen Putzsches, die Völkisch-Extremen. Diese Männer sind in den letzten Tagen vom Untersuchungsausschuß als Zeugen vernommen worden: der frühere Ministerpräsident v. Kahle, der Oberforstrat Escherich, der frühere Justizminister Dr. Roth, der Oberamtmann Fria, die rechte Hand des verstorbenen Polizeipräsidenten Böhner. Diese Männer repräsentieren das System Kahle — jenes in tiefstem Grunde verfassungsfeindliche und verfassungswidrige System, das im Jahre 1921 in Bayern herrschte.

Es besteht ein bemerkenswerter Unterschied in den Aussagen dieser Männer vor dem Ausschuß — der Unterschied zwischen trockenem Putzschisten und offenem Putzschisten. Die Herren Kahle, Escherich und Roth können sich nicht erinnern. Sie wissen von nichts, was faul gewesen ist und zum Himmel stinkt. Der Oberamtmann Fria aber gesteht das putzschistische Wesen der Vorgänge von 1921 ohne weiteres zu; er verteidigt es politisch als gegenrevolutionäre Handlungen, er leitet es ab aus der „Schlappheit“ der Regierung des trockenen Putzsches. Hätte Böhner, den ein eigenartiges Geschick ausgerechnet in einem Automobil ums Leben kommen ließ, vor dem Ausschuß gestanden, er hätte wahrscheinlich mit noch größerer Brutalität als Fria frei herausgesagt, was war — mit derselben brutalen Offenheit, die die Aussage von Epp kennzeichnete.

Was war — das ist dieses: es gab in Bayern in diesen Jahren ein Verfassungsleben: einen Landtag und eine dem Landtag verantwortliche Regierung, an deren Spitze Herr v. Kahle als Ministerpräsident stand. Aber dieses Verfassungsleben war nur ein Schatten. Daneben stand als eigentliche Staatsmacht die Einwohnerwehr, an ihrer Spitze Oberforstrat Escherich. Vor dieser Staatsmacht zitterten alle Behörden. Sie hatte Vertrauensleute in allen Behörden. Sie handelte trotz der Staatsgesetze und gegen die Staatsgesetze, trotz des Strafrechts und gegen das Strafrecht. Vor dieser Macht beugte sich auch die Justiz, an ihrer Spitze der Justizminister Dr. Roth. Sie wurde zu einem politischen Instrument. Sie verließ das Legalitäts-

prinzip — die Grundlage der Rechtsprechung und Rechtsübung in Deutschland, und machte sich zur Dienerin der Zwecke der Einwohnerwehr. Die Tatsache, daß sie gegen den offenbaren Verfassungsbruch nicht eingeschritten war, hatte sie für alle Folgen dieser ungeheuerlichen und hochverräterischen Staatsmacht ausgeliefert. Nicht mehr das Recht war die Grundlage ihres Handelns, sondern die politische Zweckmäßigkeitserwägung.

Die Folge waren jene Vorgänge, die vor dem Ausschuss zur Sprache kommen und die einen Teil der bayerischen Regierungspresse heute „merk würdig“ nennt. Wertwürdig sind diese Vorgänge gewiß: die Fememorde, das Einschwenken von niederen und höheren Justizorganen auf den leiseften Hint der Einwohnerwehr, merkwürdig der Terror, den die Einwohnerwehr ausübte — aber das eigentlich Wertwürdige war das System. Und vielleicht das allermerkwürdigste ist, daß neben diesem ungeheuerlichen und verwerflichen System ein Landtag stand, der es geschahen ließ, und in Wahrheit nur ein Schattendasein führte.

Aus diesem System erklären sich zwanglos alle Einzelvorgänge: das ungeheuerliche System zog eine strafbare Handlung nach der anderen nach sich. Es war ein innerlich durch und durch verlogenes System: der Landtag verschloß beide Augen vor der Diktatur der Einwohnerwehr, vor der Aushöhung der Verfassung durch Herrn v. Kahr. Herr v. Kahr verschloß die Augen vor dem, was alle Welt sah und wußte: vor der Macht ausübung und dem Verschönerungssystem des Polizeipräsidenten Bühner. Rein, er hat wirklich von nichts gewußt, nichts von der Rolle Ehrhardts, nichts von den falschen Pässen, nichts von dem, was im Hintergrunde vor sich ging. Er kann sich an nichts, aber auch an gar nichts erinnern. Es ist nur erstaunlich, daß er sich an die Einwohnerwehr erinnert: Herr Fischer hinwiederum, der Leiter der Einwohnerwehr, wandte sich ab, wenn eine Schiebung oder ein Mord durch Einwohnerwehrlente vor sich ging. Kläglich ist die Aussage, daß es stillschweigend eine Vereinbarung war, daß mit solchen Dingen die Wissenschaft der obersten Leitung nicht beschwert wurde. Keiner von diesen Herren aber besitzt den Mut, vor den Ausschuss hinautreten und zu erklären: jawohl, so war es, es war unser System!

So verbleibt die Aufgabe, dieses ungeheuerliche und verfassungseindliche System zu durchleuchten, dem Untersuchungsausschuss des Reichstages. Seine Arbeit erfolgt nicht nur im Dienste der geschichtlichen Wahrheit. Sie dient zugleich der Festigung der republikanischen Verfassung und der Festigung der verfassungsmäßigen Zustände in Bayern selbst. Das System Kahr ist in Bayern überwunden worden — es wird völlig überwunden sein, wenn es der Öffentlichkeit in seinem Wesen und in seinen ungeheuerlichen Auswirkungen öffentlich bloßgelegt worden ist und das unheilvolle Wirken der Männer dieses Systems sichtbar vor aller Augen liegt. Dann wird auch der Weg frei sein zur kriminalistischen Bereinigung — ein Weg, der in dieser oder jener Form notwendig beschritten werden muß.

Bei dieser Arbeit wird der Ausschuss des Reichstages mühevoll angefeindet. Eines ist klar: wer diesen Ausschuss beschimpft, wer sich ihm in den Weg stellt, wer gegen ihn hehlt — der dokumentiert damit seine verfassungseindliche putschistische Gesinnung. Es wird nötig sein, daß der Reichstag und das Reichsministerium des Innern auf die bayerische Regierung einwirken, um dem Geseh Geltung zu verschaffen.

Eine amtliche Merkwürdigkeit.

Wir lesen im „Bayerischen Kurier“, dem Hauptorgan der Bayerischen Volkspartei:

„Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß in der Aussage des Justizministers Görtner vom Freitag, daß er die drei Prozesse (Hartung, Gareis, Sandmeier) als eine sehr unangenehme Erbschaft aus der Kera Verchenfeld übernommen habe, als eine Spitze gegen die

Bayerische Volkspartei erblickt werden könnte. Demgegenüber ist festzustellen, daß Nordfälle unter der Kera Roth in der Zeit vom 6. Oktober 1920 bis 3. März 1921 angefallen sind.

Bei den Verhandlungen am Freitag wurde von dem früheren Justizminister Dr. Roth ausgelegt, es sei möglich, daß Gademann mit Zustimmung seines persönlichen Sekretärs, des verstorbenen Landgerichtsrates Stauffer, die beiden Augsburger Staatsanwälte im Auto beigebracht hätte. Das würde im Widerspruch stehen zu einer Erklärung des Staatsrates Schmid in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ Nr. 211, in der dieser doch wohl nicht ohne vorherige amtliche Feststellungen sagte, er wisse nur, daß der Auftrag, die beiden Staatsanwälte zu holen, nicht vom Justizministerium ausgegangen ist.“

Diese Feststellung des „Bayerischen Kurier“ muß unterstrichen werden. Genosse Levi hat den derzeitigen bayerischen Justizminister Dr. Görtner der Begünstigung beschuldigt. Er hat den Verlauf der Intervention Gademann offengelegt. Darauf antwortete Staatsrat Schmid namens des bayerischen Justizministeriums amtlich, das Justizministerium habe keinen Auftrag gegeben, die Augsburger Staatsanwälte nach München zu bringen.

Dr. Roth hat im Gegensatz dazu die Möglichkeit zugegeben, Gademann aber hat ausgelegt, er habe den positiven amtlichen Auftrag gehabt.

Das bayerische Justizministerium hat also eine wahre Tatsache durch eine unwahre Erklärung der Öffentlichkeit verbergen wollen. Es ist zu begrüßen, daß der „Bayerische Kurier“ auf diese „Wertwürdigkeit“ hinweist.

Der Lübecker Bürgerblock.

Kampffront gegen die Republik.

Bei der Lübecker 700-Jahr-Feier im Mai dieses Jahres hat man in sogenannten althanseatischen Kreisen mit lautem Munde gerührt und verkündet, daß Lübeck die älteste Republik der Welt sei. Die gleichen „Althanseaten“ sind es, die jetzt anfänglich des Lübecker Bürgerschaftswahlkampfes einen Kampfblock gegen den republikanischen Senat konstituiert haben, der sich unter der Leitung des Bürgermeisters Genossen Loewig in der Hauptsache auf Demokraten und Sozialdemokraten stützt. Herr von Morgen, ein verlossener königlich preussischer General der Infanterie, der abgelehnte Putschbürgermeister und Hugenbergsche Ausschussvorsitzende Neumann und — als finanzieller rocher do bronco des Unternehmens — der einstige Demokrat Generaldirektor Reumark haben den „Hanseatischen Volksbund“ gegründet, der in freier schon jetzt stark rivalisierender Bundesgenossenschaft die Völkischen, die Deutschnationalen, die Volkspartei und die Wirtschaftspartei vereinigt. In einer Zeitschrift, deren Titel „Recht und Freiheit“ ausgerechnet dem Deutschland-Heft des Republikaners Hoffmann von Fallersleben entlehnt ist, wird aufgerufen, „die Reihen gegen den radikalen Terror zu schließen“. Nun, radikaler Terror ist eben, wenn ein Senat, dessen Chef mit Herrn Claß konspiziert, gestützt und republikanisch regiert wird!

Lübedes Bevölkerung ist in ihrer Mehrheit republikanisch (im Sinne der Republik!), und noch immer hat seit der Abschaffung des Klassenwahlrechts die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion der Bürgerschaft gestellt. So wird es auch bleiben trotz „Recht und Freiheit“, wie General von Morgen und Co. sie auffassen!

Ein Panama der polnischen Marine. Dreizehn polnische Seeoffiziere, darunter fünf Kommandanten und der Vizeadmiral der Flotte, haben sich vor den Warschauer Gerichten zu verantworten. Der Staat wurde bei den Bestellungen für die Kriegsmarine um eine Million Lotz dadurch geschädigt, daß die Offiziere in die eigene Tasche arbeiteten.

General Epp.

Von Hermann Schühlinger.

Zwei Generäle haben in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit in besonderer Maß auf sich gezogen, nämlich der Generalsstab, A. v. Seefeld und der Münchener „Einwohnerwehrgeneral“ Epp, zwei Typen der alten Wehrmacht, wie man sie zu einem soziologischen Experiment nicht schöner zusammenbringen könnte! Seefeld, der Gentleman des weltstädtischen „Alexander-Regiments“ und Epp, der Münchener „Leiber“ und Aufsichtsrat der Pensionistenkassende im „Franziskanerbräu“!

Während die Potsdamer Garde im Kommiss verimpelte, die Kavallerie auf den Gütern der Unter ihre „Tagen“ ritt und die Artillerie die Industriellentöchter hofierte, erzog man bei den „Alexandrinern“ den „Mann von Welt“! Die Alexanderleute sind geübte Burshen, tüchtige Militärs und — eine große Seltenheit in der alten Armee — falkschnäuzige Diplomaten und zugedöpte Gentleman gewesen! Der „Schwabe“ Gröner, der „Bulle“ Lubendorff oder der „Urbajawure“ Epp wäre im Alexander-Regiment, das von Vornehmheit nur so triefte, gar bald an die Luft gefegt worden. Hier in dieser Atmosphäre der Generalstabsdiplomatie wuchs Seefeld heran und blieb „Alexandrin“ bis auf den heutigen Tag!

Die „Alexandrin“ und die „Leiber“ gehörten zwar sozusagen zu einer Armee; was aber nicht hinderte, daß man im Alexanderregiment den großschlächtigen Bojowaren als das bekannte Mittelglied zwischen „Festerreicher und Mensch“ betrachtete und sich nur mit einem höchst süffisanten Lächeln mit ihm in ein Gespräch einließ. Die Stoffen über die groben Stiefel, den niederen Kragen und die wenig fashionablen Fingerringel des leidigen „Bundesgenossen“ kamen dann im Alexander-Kasino hinterher!

Der berühmteste dieser „Leiber“, der General Epp, hat nun — sicherlich zum Entsetzen der gewiegteren Reichswehr-Generalsstabs-Diplomaten — in München vor dem Reichstags-Fememord auf den Tisch gebauen, daß es nur so kracht, bzw. seine Füße in die Hofentfalten vergraben, so zwar, daß diese vom „Luch von der Luch“ entlehnte Geiste selbst von den hinterpommerschen Winkelblättern gebührend zur Kenntnis genommen worden ist. Herr Epp, der zweifellos verdienstvolle Kommandeur des bayerischen „Infanterie-Regiments“ während des Krieges, ist in der Kürzezeit in Bayern beim Bürgerium so populär wie etwa der Andreas Hofer in Tirol geworden, weil er mit ein paar hundert Studenten und Freiwilligen der Aöterepublik ein Ende gemacht hat.

Hier stoßt mir jedoch bereits die Feder; denn wenn ich mich an die „Belagerung“ und „Erfürmung“ Münchens recht erinnere, haben doch andere das Hauptverdienst daran gehabt! Als nämlich die „Brigade Epp“ mit ihrem maulaufschreienden bojowarischen Löwen am Oberarm auf dem „Schlachtfeld“ erschien, war die „Hauptarbeit“

durch preussische Soldaten und württembergische Studenten so gründlich getan, daß für die „Epp-Beute“ größtenteils höchstens das „Ausräumen des Schlachtfeldes“ im Zentraltelehof am Karolinenplatz und unter den Nordbrücken noch in Frage kam. Wie das besorgt wurde, ist männiglich bekannt.

Dem Münchener, den es nun einmal nach einem bayerischen Nationalhelden verlangt, ist es selbstverständlich wurscht, was für einen Kampfantell die Epp-Beute haben, die übrigens im kein Haar besser oder schlechter als die anderen waren; er braucht einen „Reiter“ und er nennt nun eben den baumlangen Selber-Offizier dazu. Worauf dieser sich für die große Ehre durch ganz besondere Grobheit gegen die „Preußen“ und vor allem gegen die „Berliner Juden“ erkenntlich erweist.

Gegen die Grobheit eines bayerischen Generals ist an und für sich nichts zu sagen; denn gerade in der bayerischen Grobheitlichkeit steckt seit altersher ein Stück unwürdiger Demokratie. So pflegen die bayerischen Generale im „Franziskaner“ zu Zeiten in voller Uniform neben Kadträgern und Radlweibern ihre Maß zu trinken und gotteslästerlich auf Gott und die Welt zu fluchen. Kein Wunder, daß sich da die Wankler des einfachen Mannes auf den Herrn General übertragen, daß er sich die Hände in der Hofentfalte wärmt und daß er den politischen Gegner gelegentlich eine „Fogen“ anträgt!

Widerlich wirkt die Syne nur, wenn sich die Wankler des Münchener „Stoan-Träger-Kare“ mit „dem Leibar“ der Alexandrinern mischen und die banale Ungezogenheit sich hinter den Beschönerungskomment verhehlt. Auch die im märkischen Sand zu besonderer Blüte gereifte These vom politischen Menschelmond wirkt nicht gerade echt im Franziskaner-Risiko und in der Zustimmung am Oktoberfest! Ein schneidiger Durchzieher auf einer „Borussenbade“, ein Ronofel über dem „Alexander-Ooge“, ein Fememord im Ragon eines mecklenburgischen Gutsbesizers — all das hat keine Gegebenheiten und seinen Stil — — — Über ein „Leiber“ mit Ronofel und Durchzieher und dem fememord-Grobheit??? Argend was stimmt da nicht! Herr General Epp, machen Sie Recht und ziehen Sie sich schleunigst in die „Schwemme“ vom „Franziskaner“ zurück! Sonst dreht sich der „Kini“ über Ihr politisches Gastspiel im Grab herum!

Städtische Oper: „Curnanthe“. Eine doppelte Entdeckung brachte die gestrige Erstaufführung in der Städtischen Oper. Die eine heißt Maria Müller. Wir glauben, daß Bruno Walter, der das Unglückswort der romantischen Oper seidenhaftlich lebt, die Aufführung der Weberischen „Curnanthe“ nicht gewagt hätte, wenn er nicht diesen wunderbaren Mädchenkopf für die Curnanthe gefunden hätte. Das ist allerdings ein kleines Wunder; kurz gesagt: die Begier auf der Opernbühne. Anmutig in der Bewegung, keuch und rein im Lächeln, schwärmend und sehnfüchtig in der Stimme. Dieser Sopran ist weich wie Seide und freier als die Herzen. Einen Rhythmus hat Maria Müller in sich, daß selbst die Lieblichste der Szenen, Genoveva im Walde, vom

Sowjet-Russische Dreistigkeiten.

Litwinow empfängt deutsche Wirtschaftsführer und berätigt dabei die deutsche Außenpolitik.

Seit einigen Tagen weilt in Moskau eine Delegation von ostpreussischen Wirtschaftsführern, um die Frage der Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und besonders Ostpreußen zu besprechen. Gegen solche Besprechungen ist gar nichts einzuwenden, im Gegenteil, man kann ihre Abhaltung nur begrüßen und ihnen Erfolg wünschen, zumal Ostpreußen durch die Abschneidung vom übrigen Deutschland in einer schwierigen Wirtschaftslage ist und ihm im deutsch-russischen Wirtschaftsverhältnis eine besondere Rolle zufällt, die zum Ausgleich dieser unangünstigen Situation etwas beitragen könnte.

Entschieden muß aber dagegen Einspruch erhoben werden, daß Litwinow als Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten, einen Festempfang dieser Delegation zum Anlaß nimmt, um — laut offiziellem Telegramm — folgende auszuführen:

„In Besprechung der politischen Lage Europas betonte Litwinow, daß die in letzter Zeit abgeschlossenen Sonderverträge und Bündnisse nicht als Friedensbeweise anzusprechen seien. Obgleich diese Verträge vornehmlich gegen Sowjetrußland gerichtet seien, werde die Sowjet-Union trotzdem ihre Friedenspolitik weiter verfolgen. Zu den wesentlichen Faktoren dieser Politik gehöre die Verstärkung der Unabhängigkeit der kleinen Staaten und ihre Emanzipation vom Völkerverbund, wofür der jüngst abgeschlossene Vertrag zwischen Sowjetrußland und Litauen ein Beweis sei.“

Es ist eine Lattlosigkeit, in eine Dreistigkeit, wenn ein russischer Staatsmann beim Empfang einer deutschen Delegation, der auch amtliche Persönlichkeiten, zum Beispiel ein Vertreter des Königsberger Oberpräsidiums, angehören, unter unerkennbarer Anspielung auf die Verträge von Locarno behauptet, diese Sonderverträge seien „vornehmlich gegen Sowjetrußland gerichtet“. Nicht ein, sondern zehnmal ist dies von Stresemann und anderen führenden deutschen Persönlichkeiten mit Recht entschieden bestritten worden. Trotzdem wiederholt Litwinow diese Verdächtigung und fügt noch — vier Wochen nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund — eine besondere Spitze gegen die Genfer Institution hinzu.

Aber er kann sich das um so mehr erlauben, weil sich das Auswärtige Amt grundsätzlich jede sowjetrussische Dreistigkeit gefallen, sich dadurch immer wieder einschüchtern und neue Konzeptionen abringen läßt. Außerdem bilden die mehr oder minder reaktionären Mitglieder der ostpreussischen Wirtschaftsdelegation für solche Redensarten eine dankbare Hörerschaft. So gehört ihr u. a. der deutsche Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Preyer-Königsberg an und auch dessen Fraktionskollege Professor Dr. Hoepfich, der schon vorher in Moskau weilte, wohnt diesen Beratungen und Empfängen bei.

Ob die Moskauer Austrog- und Geldgeber der kommunistischen Sondierungsaktion auf diese deutschnationalen Parlamentarier auch mit Tintenfassern und Wassergläsern werfen?

Die tägliche Lüge des „Tag“.

Der Angriff auf die Familie Breitscheid.

Der Hugenbergsche „Tag“ hat heute morgen behauptet, daß der Sohn des Genossen Dr. Breitscheid dank der Protektion seines Vaters und der deutschen Regierung zum Wirtschaftslach-verständigen des Völkerverbundes ernannt worden sei. Ist es schon lächerlich, zu behaupten, daß ein Völkerverbund eine solche Stellung erhalte, so ist die Meldung selbst auch nach jeder Richtung hin haltlos und vollkommen erfunden. Breitscheid jr. ist Privatsekretär beim Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas, um die französische Sprache zu erlernen und sich in die Arbeiten dieses Amtes einzuführen. Wie von zuständiger deutscher Stelle erklärt wird, besteht in keiner Form irgendein Plan, Breitscheid jr. auf die deutsche Kandidatenliste für Stellungen im Völkerverbund zu setzen. Die jetzige Stellung des jungen Breitscheid hat mit der politischen Völkerverbundsorganisation überhaupt nicht das geringste zu tun und ist eine Privatangelegenheit des Direktors Albert Thomas.

Lyrismus fortstrebt und zu einem persönlichen Gebilde wird. Vollends in der Ekstase ist dieses besetzte Wesen von einer solchen Wahrhaftigkeit, daß die deutsche Opernbühne auf solchen Besitz stolz sein kann. Sie brachte es zuwege, selbst schwer Erträgliches zu ertragen. Ich meine die sträglich schlecht gefachte Handlung der Helmine von Chezy. Dieses abenteuerliche, vermorrene, verlogene, erzwungene Spiel der Intrige und Liebe, der Heidenpoß und des Hüttinges, der Eiferlust und des Wahnsinns ist abgeleitendste Ritterromantik für die in unseren Herzen keine Rettung mehr gibt. Die Musik offenbart dabei unter den Händen Bruno Walters edelstes Gold. Ouvertüre, Minnelied, Kavatine, die Nachtzene, Nachgarie, der Bauernchor — wo wir auch die Variiatur anheben, da greift eine wunderbar schöpferische Hand in die Saiten. Durchkomponiert ohne Seccorellation ist die Fülle süßer Erfindung so reich, daß wir innerlich auch da getroffen werden, wo uns der Text aus aller Begeisterung zu jagen droht. Und dann die zweite Entdeckung, die historisch feststand, aber nun auch beispielhaft bewiesen ist: Wagner hat im „Wohngarten“ Szenit, Musik, Technik des Orchesters und der Chöre aus der „Curnanthe“ genau übernommen. Wir glauben zuwollen sogar Noten aus dem „Wohngarten“ zu hören. Wir sehen Gertrud und Elsa, Tetramund und den König, den Kampf der Gegner im gleichen Rhythmus unter Verwendung derselben Instrumente vor uns sich abspielen. Das geht tatsächlich bis ins kleinste Detail. Aber auch diese zwei Entdeckungen machen das Publikum nicht warm. Es feierte Walter und Maria Müller, kultivierte ruhig aber die große Ausdruckskraft der Schütz-Dornburg, den strahlenden Abolot Dehmans, die sonore Stimme und Haltung von Ripnis, den heileren Emil Schippers. Die Ausstattung von Emil Prectorius betonte in primitiver Manier das Unwahrscheinliche des Vorganges noch mehr.

Die Akademie der Künste eröffnet ihre Chodowicz-Gedächtnis-Ausstellung, die sie ausschließlich aus ihren eigenen Sammlungen zusammengestellt hat. Für die Ausstellung wird ein durch Reichmann und Gianelli Chodowicz illustrierter Katalog erscheinen. Die Ausstellung ist am Sonnabend von 3 Uhr ab dem Publikum zugänglich und wird täglich (auch Sonntags) von 10 bis 5 Uhr geöffnet sein.

Wlodek Pasquet, dessen Drama „Sturmflut“ nach seinem großen Erfolg in Berlin nunmehr auch in Hamburg großes Aufsehen erregt, wird im 3. diesjährigen Autorenabend der Volksbühne G. B. am Montag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses (Eingang Königsplatz) aus eigenen Werken vortragen. Einlasskarten in den Verkaufsstellen der Volksbühne zum Preise von 60 Pfennig.

Im Kaiser-Friedrich-Museum beginnt Dr. A. Dau in den Räumen der Humboldt-Hochschule am 17. vom 7. bis 10. Uhr eine Vortragsreihe von fünf Doppelstunden über die Meisterwerke der Malerei und Plastik. Der erste Vortrag behandelt Dürer und Holbein.

Die Kammeroper veranstaltet einen Kammer-Operetten-Galäe zu halben Kassenpreisen an den Sonntags-Nachmittagen. Zur Aufführung gelangen: „Die Hedermaus“, „Der Bienenbaron“, „Der Teufelskuchen“, „Der Vogelbändler“, „Boccaccio“, „Cello“.

Emil Ludwig bricht am 14. abends 8 Uhr, im Biographischen über „Eine Reise in Sowjetrußland“.

Neben Walter Rathenau in seinen Briefen bricht Eita Fedorn-Roskops am 14. abends 8 Uhr, im Reichswirtschaftsrat, Bekannungs-18. Eintritt 1 Mark.

Münchener Feme-Untersuchung.

Das Telefongespräch Glaser-Pracher. — Neue völkische Freiheit.

München, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Für den heutigen letzten Tag der Beweisaufnahme des Femeauschusses in München sind noch zehn Zeugen vorgelesen. Zunächst wird der zum Kreis der Einwohnerehrerbührende Altknecht vernommen, der seit Jahren und auch heute noch unter dem Verdacht der Begünstigung der Flucht des Schweighart steht. Altknecht ist derjenige, der als Angestellter des Böhm zu dem flüchtigen Schweighart nach Münster geschickt wurde, um diesen zurück nach Bayern und zwar nach Landshut und von da nach Aibling zu bringen. Der Zeuge erklärt, es sei ihm lediglich der Auftrag von Böhm geworden, den Schweighart zu holen. Er sei zwei Tage mit Schweighart in Münster zusammen gewesen und dann nach Landshut zurückgefahren.

Dorf: Sie wurden im Januar 1921 von der Polizei vernommen und erklärten damals, Sie wüßten überhaupt nichts von dem Aufenthalt des Schweighart. Warum haben Sie Ihre Reise nach Münster verschwiegen?

Zeuge: Wie komme ich dazu auszusagen, nachdem Schweighart mein Freund war? Dabei ist zu bedenken, daß die Polizei damals nicht so war wie heute. Es ging alles durcheinander.

Leol: Wußten Sie, daß Schweighart unter dem Verdacht des Mordes steht? **Zeuge:** Nein, das wußte ich nicht. **Leol:** Wer gab Ihnen das Geld zur Reise? **Zeuge:** Das weiß ich nicht.

Landberg: Hat Ihnen sonst irgend jemand von der Einwohnerwehr erzählt, daß Schweighart an der Ermordung der Sandmeyer beteiligt sein soll? **Zeuge:** Nein. Der Zeuge wird dann unvereidigt entlassen, da er nach wie vor unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung steht.

Hierauf wird der ebenfalls unter dem Verdacht der Begünstigung stehende Böhm als Zeuge gehört. Böhm, der frühere Lotterfallbesitzer, ist heute Inhaber eines Autogeschäfts, bei dem Schweighart auch heute wieder Angestellter ist. Der Zeuge erklärt, daß Oberleutnant Braun damals gebeten habe, ihm den Altknecht für eine politische Mission auszuspannen. Dabei fand ich, so erklärt er, ebenso nichts daran, daß ich ihn für die Reise finanzierte. Um Einzelheiten seiner Mission kümmerte ich mich nicht. Ich glaube, es handelte sich um eine Waffensache.

Leol: Weshalb haben Sie das telegraphisch angeforderte Geld nach Münster nicht selbst weggeschickt?

Zeuge: Das weiß ich nicht. Mein Sekretär hat das immer so gemacht, daß er Geld von mir unter seinem Namen weggeschickte.

Leol: Sie machten aber bei der Polizei seinerzeit die Angabe, daß Sie den Schweighart gar nicht kennen? Warum taten Sie das?

Zeuge: Ich wollte aus den Schwierigkeiten herauskommen, da ich mich durch Heranziehung in die Fälle in meinem Geschäft geschädigt fühlte.

Leol: Die Aussage Ihres damaligen Sekretärs lautet, daß Sie ihm persönlich das Geld gegeben hätten, und zwar nicht aus der Geschäftskasse, da es ja sonst hätte verbucht werden müssen. Sie dagegen behaupteten vor dem Staatsanwalt, daß Sie Ihrem Sekretär das Geld nicht gegeben hätten. Sie hätten ihn auch nicht beauftragt, es nach Münster zu schicken.

Zeuge: Es ist möglich, daß ich damals leichtfertig ausgesagt habe.

Leol: Damals waren Sie unter dem Verdacht der Mordbegünstigung. In einem solchen Falle lügt man doch nicht die Behörden an.

Zeuge: Ich dachte mir, ich lüge, damit ich aus dem Verdacht herauskomme.

Der Zeuge erzählt dann über den Fall Dobner, zu dem er sein eigenes Auto zur Verfügung gestellt hat. Er bestätigt die Angaben Prachers, mit dem er unter dem Namen Bollinger durch die Polizei bekannt geworden ist. Er will aber über den Ausgang der ganzen Angelegenheit nichts Näheres erfahren haben als daß die Fahrt mit einer harmlosen Prügelei ausgegangen sei. Auch dieser Zeuge wird unvereidigt entlassen.

Es folgt dann die Vernehmung des Zeller. Er soll Pracher auf der Polizeidirektion in Gegenwart von Glaser erklärt haben; Dobner muß weg. Danach erklärt der Zeuge: Ich habe mit Pracher niemals über Dobner gesprochen, das ist ganz unmöglich und vollständig ausgeschlossen. Sämtliche Angaben, die Pracher in Waffensachen machte, waren stets unwahr. (Diese Aussage steht in direktem Gegensatz zu der Angabe des vorher vernommenen Böhm, daß Pracher in der Angabe von Waffensachen wertvolle Dienste geleistet hat, daß er ihn deshalb mit Geld warngeschalten habe.) Zeller fährt fort: Meine Herren, Pracher ist ein Verbrecher, wie er im Buch steht. Die 14 Jahre schweren Zuchthaus hat er zum größten Teil mir zu verdanken, dafür will er sich jetzt rächen.

Dorf: Das ist Ihre Meinung.

Das Telefongespräch Pracher-Glaser.

Hierauf wird der Zeuge Abg. Genosse Timm vernommen, der am Zustandekommen des bekannten Telefongesprächs Pracher-Glaser beteiligt war. Timm gibt eine ausführliche detaillierte Schilderung über diese Angelegenheit. Seine Darstellung deckt sich im wesentlichen mit den bereits beim Untersuchungs-ausschuss des bayerischen Landtags im Oktober 1920 gemachten Angaben. Timm stellt vor allem in den Vordergrund, daß, nachdem ihm Pracher zugeführt worden war und er seine Darstellung gehört hatte, er die ganze Sache für absolut ungläubwürdig gehalten hat und sich nicht vorstellen konnte, wie hohe Polizeibeamte sich zu solchen Dingen hergeben konnten.

Nach dem Telefongespräch hatte er den Eindruck, daß der Glaser von dem Leberfall auf Dobner wissen mußte und genau informiert war.

In diesem Augenblick bekam für ihn auch der Mord an der Sandmeyer eine ganz andere Bedeutung.

Dorf: Kenntnis der Glaser keine andere Auffassung des Telefongesprächs mit Pracher haben? So wie der Glaser es ja heute bezeichnete, mußte er es so verstehen, wie Pracher es uns zuletzt gesagt hat.

Timm: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß der Pracher sich dem Glaser gegenüber klar als Mörder bezeichnete und daß ihm von Glaser Schutz zugesichert wurde.

Eine Reihe von Fragen des Abg. Stoehr (Ditt.) endete jeweils mit einer mehr oder weniger großen Blamage des Fragenden. Stoehr schließt mit der Gegenüberstellung Kuer-Puttamer, Timm-Pracher, womit er offenbar den Zeugen diskreditieren wollte. Das ruft einen lebhaften Protest der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses hervor, wobei vor allem der Abg. Leol den Vorstehenden um Einschreiten ersucht, da Stoehr den Zeugen angepöbelte habe.

Der Ausschuss unterläßt sich in geheimer Beratung darüber. Das Ergebnis ist je ein Ordnungsruf für den Abg. Stoehr und für den Abg. Dr. Sedl, für Stoehr deswegen, weil in seinen Ausführungen eine Beleidigung des Zeugen Timm erblickt wurde,

Ein fünfzehnjähriger Mörder.

Drei Personen getötet. — Der Täter geständig.

Wie wir in der Morgenausgabe bereits mitgeteilt, hat sich in dem freundlichen Vorort an der Nordbahn Dranienburg, im Haus Königs-Allee 62, eine entsetzliche Bluttat ereignet, der drei Personen einer Familie zum Opfer gefallen sind, und zwar der 76 Jahre alte Oberpostsekretär a. D. Josef Dobrindt mit seiner 10 Jahre jüngeren Frau Anna, geb. Hanske und seiner 42 Jahre alten Tochter Käthe, die früher Telefonistin war. Diese ganze Familie wurde von dem Mörder durch Messerstiche getötet. Der Mörder wurde bald nach der Tat in der Försterei Teeröfen ergrieffen; es ist ein erst fünfzehnjähriger Mensch, ein gewisser Karl Ernst Müller aus Breitzingen im Kreise Sangerhausen.

Am Tatort.

Das Haus des Unheils ist eines der letzten in der Königsallee. Nicht weit davon beginnt der Schmiedendagener Wald. Ueber der Familie Dobrindt war gestern bei den Bewohnern ein Mann zu Besuch. Während dieser abends um 7 Uhr Geige spielte, hörte er plötzlich aus der Unterwohnung gelächende Hilferufe. Er legte die Geige hin, eilte hinunter und sah gerade nach einem jungen Burschen die Treppe hinunterstürzen. Er verfolgte ihn, packte ihn auf dem Fahrdamm und zog ihn nach der Haustür zurück. Hier ließ er ihn vor Schreck los, als der Bursche eine Pistole zog. Obgleich nun auch schon andere Leute herbeigekommen waren, gelang es dem Burschen, in den Wald hineinzukommen und zu verschwinden. Der Besucher der Ueberwölbung versuchte jetzt mit anderen Leuten, in die Dobrindtsche Wohnung, aus der der Bursche herausgekommen war, einzudringen, mußte aber erst die vorgelegte Sicherheitskette durchlöcheren. Als man dann eintrat, sah man sich einem entsetzlichen Bilde gegenüber. Auf dem Flur lag unmittelbar an der Tür mit dem Gesicht auf dem Fußboden Käthe Dobrindt in einer Blutlache. Auf dem Flur verstreut waren ihr Einholzförm, Brot, Fleisch und Geld aus ihrem Portemonnaie. Im Schlafzimmer lagen, ebenfalls bereits tot, die Eltern der Ermordeten in ihren blutbesudelten Betten.

Unterdessen war auch die Polizei alarmiert worden. Von Berlin eilten unter Führung des stellvertretenden Chefs der Kriminalpolizei, Regierungsrats Scholz, die Kommissare der Nordkommission Trettin und Japle mit ihren Beamten, dem Erkennungsdienst und dem Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Störmer herbei. Die genauere Untersuchung ergab, daß Käthe Dobrindt vier Schläge in die Brust und drei in den Kopf erhalten hatte, der alte Herr drei und die Frau vier Brustschüsse. Bei einer Durchsichtung der Behausung fand man im Wohnzimmer einen Karton und einen Gummimantel. Soeben, die der Mörder zurückgelassen hatte. Sie führten sofort zur Feststellung seiner Person, denn der Karton enthielt außer einem Schältermesser mit einer dreifingerringen Stahlklinge und einigen Zauberbüchern mehrere Briefe, die eine Frau Müller aus Stargard an ihren Sohn in der Fürsorgeanstalt „Johanneshaus“ in Belgard gerichtet hatte. So wußte man bald, daß es sich um den Fürsorgezögling Karl-Ernst Müller handelte, der am 23. November 1911 in Breitzingen im Kreise Sangerhausen geboren ist und der am 7. d. M. aus dem „Johanneshaus“ entlassen ist.

Vernehmung und Geständnis des Mörders.

Der junge Mensch war, über und über mit Blut besudelt, in der mit der Försterei verbundenen Wirtschaft erschienen und behauptete, er sei überfallen worden. Der Förster glaubte ihm aber nicht, holte einen Landjäger herbei, der den Sachverhalt durch-

schaute und den jungen Menschen festnahm. Auf seine Mitteilung erlaubte die Nordkommission zwei Beamte auf einem Auto nach Teeröfen, die den Täter abholten. Von der ursprünglichen Absicht, den Mörder an den Tatort zu führen, mußte man Abstand nehmen, da zu befürchten war, daß die maßlos empörte Menge den Mörder in Stücke reißen würde. Man brachte ihn also zum Dranienburger Amtsgericht.

Im hellen Lampenlicht machte der jugendliche Kleine, schwächliche Mörder mit seinen blutigen Händen und in seiner blutgetränkten Kleidung einen graußigen Eindruck. Im Verhör erklärte der Bursche, der sich bemühte, auf alle Fragen möglichst höflich zu antworten, daß er gar nicht die Absicht gehabt habe, den Leuten etwas anzutun. Der Familie Dobrindt war er schon lange bekannt. Wie er behauptet, wollte er gestern einen Besuch ohne besondere Absicht wiederholen. Bei seiner Ankunft seien die Eltern sowohl wie die Tochter Käthe zu Hause gewesen. Käthe habe ihn empfangen, während die Eltern schon im Bett gelegen hätten. Sie habe ihn gefragt, woher er denn komme, da er doch in der Erziehungsanstalt sei, und ihm gedroht, daß sie ihn der Polizei übergeben werde. Käthe habe ihn nun einen Augenblick allein gelassen, um einzuholen. Ihre Drohung habe unterdessen bei ihm den Plan reifen lassen, sie unschädlich zu machen. Gleich bei ihrer Rückkehr habe er sie deshalb überfallen und niedergestochen. Dann habe er auch die alten Leute erstochen, erst die Frau und dann den Mann.

Dieser Darstellung widerspricht der Befund und der Tatbestand, den die Kriminalpolizei festgelegt hat. Hiernach ist der Mörder in die Wohnung gekommen, während Käthe Dobrindt zum Einholen unterwegs war. Er benutzte diese Gelegenheit sofort, die alten Leute mit der Absicht, sie zu berauben, in ihren Betten zu ersticken. Als sich der Mörder in der Wohnung nach Verlassen umfah, wurde er von der heimkehrenden Käthe überrascht. Diese Ueberraschung und nicht ihre angebliche Drohung veranlaßte ihn, auch sie zu ermorden. Daß Müller mit Mordabsichten gekommen ist, unterliegt keinem Zweifel. Es ist festgestellt, daß er am Sonnabend in Berlin in der Friedrichstraße eine Pistole und am selben Tage in Charlottenburg noch den Dolch gekauft hat.

Ein verlorener Sohn.

Müller hat die Volksschule besucht und erhielt dann auf Veranlassung seines Vaters, der in Stargard Baumeister war und dort vor zwei Jahren starb, Privatunterricht in Englisch und Französisch, damit er, seinem Wunsch entsprechend, einmal Zeitungsredakteur werden könne. Er taugte aber so wenig und war bald littlich so verwahrloßt, daß er auf Betreiben eines Arztes in Fürsorgeerziehung gebracht wurde. Er behauptet, daß das nur die Folge eines ungründeten Geredes gewesen sei. Die Mutter hing mit zärtlicher Liebe an dem mißratenen Sohne. Das beweisen auch die Briefe, die sie an ihn richtete, und die Unterstützungen, die sie ihm ständig gewährte. Aber auch diese zärtliche Mutterliebe war nicht imstande, ihn auf den rechten Weg zurückzuführen.

Der Verhaftete wurde im Laufe der Nacht nach dem ersten Verhör durch Kriminalkommissar Trettin dem zuständigen Untersuchungsrichter, Amtsgerichtsrat Vogel in Dranienburg, vorgeführt und auch von diesem noch vernommen. Er blieb auch ihm gegenüber im wesentlichen bei seinen ersten Angaben. Die Nordkommission kehrte um 8 Uhr nachts nach Berlin zurück. Der Mörder wird dem Jugendgericht in Berlin vorgeführt werden.

15 000 Läuse und Wanzen gestohlen!

Zerrungen-Wirungen eines Lehrers.

Kennt man ihn? Denn auch Kinder lesen Zeitungen, und die Schüler der Berliner Gemeindefschule Nr. 1 sollen nicht mehr über ihren geliebten Lehrer wissen, als es für sie gut ist. Und lieb hatten sie ihn. Niemand konnte ihnen so anschaulich und reizvoll die Physik-, Chemie- und Biologiestunden erteilen, niemand so wie er mit ihnen stundenlang Pläne machen und anderes mehr. Er war zu ihnen wie ein Vater. Und seine Kollegen hatten ihn auch nicht ungern: er war stets hilfsbereit, war immer zur Stelle, wenn seine jungen Kollegen seiner bedurften. Näher stand ihm aber niemand. Auch fiel sein scharfer Blick auf, unangenehm berührte seine schmutzige Kleidung, sein ungepflegtes Aussehen. Etwas war an ihm, das zu denken gab. Bei ihm dahim verkehrte keiner von seinen Kollegen.

Wie sah es aber in der Behausung des Lehrers R. aus? Es herrschte unbeschreibliche Unordnung und Schmutz. Der Fußboden des Schlafzimmers war von zusammengewürfeltem Stullen- und anderem Papiert überstreut, Manuskripte lagen herum, Stöße von Büchern durcheinander. Und wie in der Wohnung, so sah es auch im Innern des Lehrers selbst aus. Er fand in nichts mehr Befriedigung. Gefühle der Unlust erfüllten ihn von Tag zu Tag in höherem Maße. Es genügte, daß er die Schwelle seiner Wohnung überschritt, die Tausende von Bücherbänden vor sich sah, um sofort ein anderer Mensch zu werden, als er es in der Schule war. Er sah dann bis tief in die Nacht hinein über seine Manuskripte und Kataloge, klassifizierte und rubrizierte Blattsätze und Wanzen, verfaßte über sie wissenschaftliche Werke, die niemand anderes in der ganzen Welt verfaßt konnte, durchsüßerte Hunderte von Büchern um eines Wortes willen, nahm unzählige von Arbeiten auf, die er nicht beendete und deren Beendigung 600 Jahre erfordern müßten. Er verkam direkt in seiner Arbeit, verlegte sich alles.

Was sollte ihm aber die Anerkennung in der Gelehrtenwelt, wenn sie ihm gar keinen höheren Erfolg brachte? Die Doktorpromotion wurde ihm abgelehnt trotz seiner dreihundert wissenschaftlichen Arbeiten und der Dissertation, die er speziell zu diesem Zweck geschrieben hatte: es schickte ihm ja das Relegatums. Die Dozentur am Zoologischen Institut erhielt er nicht, seine Bewerbung um die Assistentenstelle am Biologischen Institut blieb unbeantwortet. Auch seine Annäherungsversuche an Frauen waren stets erfolglos geblieben. Schließlich war auch seine Mutter gestorben. So zog er sich immer mehr zurück und lebte das Leben eines Sonderlings. Bis eines Tages bei ihm die Polizei erschien und feststellte, daß Tausende von Büchern teils aus der Bibliothek der Entomologischen Gesellschaft, teils aus dem Zoologischen Institut entnommen waren. Aus diesem stammten auch etwa 15 000 Insektenpräparate. Es wurde gegen ihn Anzeige erstattet. Nun muß der Wissenschaftler in das Doppelleben dieses Sonderlings hineinschauen. So gaben gestern in der Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte Dr. Leppmann und Dr. Leopold ihr Gutachten ab. R. war Sohn eines Dekorationsmalers. Bereits der Vater hatte das Interesse des Jungen zur Naturwissenschaft wachzuhalten verstanden, der Direktor der Volksschule förderte es noch mehr. Im Lehrerseminar zu Dranienburg entdeckte R. eine neue Züchtungsgattung. Er schickte die Beschreibung des Insekts dem Direktor des Zoologischen Instituts, Professor Brauer, ein. Der nahm den jungen begabten Naturforscher zu sich. Er bemühte sich auch um seine Beförderung nach Berlin, vermittelte ihm dreimal Reisen nach dem Baltikum, die R. teilweise auf eigene Rechnung unternommen hatte. Zehntausende von Insekten brachte er mit, die er unentgeltlich dem Museum zur Verfügung stellte. Er wurde Bibliothekar der Entomologischen Gesellschaft, war auf seinem engen Gebiet der Wanzen- und Blattläuseforschung der erste Kenner. Im Jahre 1920 stellte es sich aber heraus, daß er einige Kartotheksteile vernichtet hatte. Nun verwehrte man ihm, in den Nachmittagsstunden in der Bibliothek zu arbeiten. So mußte er Hunderte von Büchern nach Hause mit-

nehmen und brachte sie nicht mehr zurück. Und je mehr Bücher sich bei ihm anhäufelten, desto mehr zog er sich von seinen früheren Kollegen zurück, desto schwerer wurde sein Blick, desto größer wurden die Unlustgefühle in ihm. Er suchte Betäubung in der Arbeit, war von ihr wie besessen und merkte nicht mehr, daß er im Schmutz einsam verkam. Er war der Gefangene des Geheimnisses seiner Wohnung, bis die Hausdurchsuchung ihn erlöste. Die Sachverständigen waren der Ansicht, daß R. sich in der letzten Zeit in einem Zustand befunden habe, der an den Ausschluß der freien Willensbestimmung grenzte. Das Gericht sprach den Lehrer R. daraufhin frei.

Die rotgetempelten Tausendmarkscheine.

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II begann heute mittig die Berufungsverhandlung in dem Beleidigungsprozess, durch den frühere, inzwischen abgebaute Angeklagte bei der Finanzverwaltung Herbert Schmidt wegen Beleidigung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Schmidt hatte auf einer offenen Postkarte Beleidigungen schwerster Art geschrieben. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. Die Redaktionen, die sich vor dem Amtsgericht Tempelhof bei der ersten Verhandlung abgesetzt haben, hatten das Gericht veranlaßt, diesmal schon vor Beginn der Verhandlung ein starkes Polizeiaufgebot zu stellen. Diese Vorsichtsmaßregeln erwiesen sich jedoch als unnötig, da diesmal der erwartete Massenandrang der Berliner „Rotgetempler“ ausgeblieben war: im Gegenteil war der Zuschauerraum nur schwach besetzt. Auf die Frage von Landgerichtsdirektor Dr. Kortmann, wie er zu der beleidigenden Postkarte gekommen sei, erwiderte der Angeklagte, daß es auf Grund der Erklärung von Dr. Schacht geschehen sei, der in der Generalversammlung der Aktionäre der Reichsbank diejenigen, die für die Aufwertung eingetreten seien, als ungebildete Leute und Volksverleumdung herabgesetzt habe. Er stehe auf dem Standpunkt, daß seine Äußerung als Staatsbürger ebenso hoch stehe wie die von Herrn Dr. Schacht. Es kam dann zu einem scharfen Zusammenstoß des Verteidigers mit dem Vorstehenden, als Rechtsanwalt Bahn die Äußerung tat, es scheine ihm, als ob er verhindern wolle, daß auf die Persönlichkeit des Dr. Schacht nicht eingegangen werde. Der Verteidiger beantragte weiter als Sachverständigen über Währungsfragen und zur Beurteilung der Frage, ob das Verhalten des Dr. Schacht in bezug auf Inflationshypothesen nicht so einzuschätzen sei, daß der Angeklagte diese Ausdrücke gebrauchen konnte, den Oberlandesgerichtsrat Dr. Saar und den Reichstagsabgeordneten Oberlandesgerichtspräsident Best zu laden. Zur Begründung der Anträge ließ der Vorsitzende eine halbstündige Pause eintreten.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiert heute das Ehepaar Ferdinand Rieck. Von Beruf Hofarchivar, bekleidete Rieck viele bis vor einigen Jahren den Posten als Kassierer der Berliner Ordoverwaltung. Seit seiner frühesten Jugend gehörte er der Sozialdemokratischen Partei an. Wenn es galt, auf dem Posten zu sein, war er einer der ersten an Ort und Stelle. Noch heute steht man den Alten bei der Parteiarbeit und bei der Flugblätterverteilung. Die jüngeren Genossen sollten sich an diesem alten Kampfgenossen ein Vorbild nehmen. Wir wünschen dem Jubelpaar an seinem Festtage gute Gesundheit und einen schönen Lebensabend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis Lichtenberg: Achtung! Die für heute Abend angelegte Sitzung des Bildungsausschusses findet nicht statt.
18. Wkt. 7: Uhr im Lokal Karthaus, Berliner Str. 13. Mitteilungsversammlung: Vortrag: Der Kampf um die politische Macht. Referent: Fritz Jabel, W. d. R. Höflich herzlich willkommen.
Witten. Heute abend, 8 Uhr, Singsaal im Lokal 237ring.

Arbeitsrechtliche Ausspracheabende. Eine neue Einrichtung der Gewerkschaftsschule.

Den vielbeschäftigten Funktionären ist leider nicht immer gegeben, die notwendige Zeit und Regelmäßigkeit zum Besuch von arbeitsrechtlichen Kursen aufzubringen. Dennoch ist es dringend erforderlich, daß gerade die Betriebsräte die arbeitsrechtliche Spruchpraxis kennen und Gelegenheit finden, gegenseitig aus ihren Erfahrungen zu lernen und Anregungen zu schöpfen.

Die arbeitsrechtlichen Ausspracheabende sollen sich — bei genügender regelmäßiger Beteiligung der Arbeiter- und Angehörtenräte — zu einem Mittelpunkt arbeitsrechtlicher Information für die freigewerkschaftlichen Betriebsräte entwickeln. Es sollen vornehmlich wichtige grundsätzliche Fragen und Entscheidungen zur Aussprache gestellt werden. Die Leitung der ersten (hinsichtlich der Zahl noch unbestimmten) Ausspracheabende hat Genosse Clemens Körpel übernommen. Dadurch ist Gewähr gegeben, daß nicht nur die formaljuristische Seite, sondern auch die Stellungnahme der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu den zu besprechenden Fragen berücksichtigt wird. Die Ausspracheabende sollen (unregelmäßig) in vierzehntägigen Abständen stattfinden. Der erste Abend ist Dienstag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25.

Kundgebung der Christlichen. Zur Nationalisierung und Wirtschaftskrise.

Nürnberg, 13. Oktober. (U.) Auf der Herbstauskunftssitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 13. Oktober in Nürnberg sprach zunächst Dr. Zahn über „Abfahrtskrisen und Produktionssteigerung als Weltproblem“. Der Redner führte aus: Wenn Nationalisierung nicht zu niedrigeren Preisen oder höheren Einkommen führt, dann müsse sie volkswirtschaftlich und in vielen Fällen auch privatwirtschaftlich ein Fehlschlag werden.

Darauf sprach der Geschäftsführer des Gewerkschaftsbundes, Fr. Baltrusch, über „Die Aufgaben des Staates in der Wirtschaftskrise“. Er wies auf die Notwendigkeit der Anpassung der deutschen Wirtschaft an die völlig veränderte Struktur der Weltwirtschaft und an die hochentwickelte Technik des mit uns konkurrierenden Auslandes hin. Die Notstandsarbeiten — insbesondere größere Arbeiten — mühten gerade in den Wintermonaten stärker in Angriff genommen werden. Der Staat kann durch eine gut geleitete Kreditpolitik auch eine Milderung der Arbeitslosigkeit erreichen. Staat und öffentliche Meinung mühten auch auf die schnellere Senkung der Gebühren, besonders der Rechtsanwalts- und Prozeßgebühren sowie der noch viel zu hohen Transportkosten jeder Art einwirken. Die Rechtsanwaltsgebühren betragen beispielsweise heute noch das Fünffache der Friedensgebühren.

Dem Reichsfinanzminister, der hundertprozentig für die Industrie redete, ist zu verlangen, daß, wenn er wirklich noch überschüssige Mittel haben sollte, diese für einen noch stärkeren Wohnungsbau und eine ausreichendere Hilfe für die Erwerbslosen, Ausgesteuerten und Kurzarbeiter zu verwenden wären. Die landwirtschaftlichen Maßnahmen des Staates mühten den Zweck haben, die landwirtschaftliche Produktion zu heben und zu fördern, indem der Staat bei seinen handelspolitischen Maßnahmen die Bedeutung der eigenen Landwirtschaft für die Ernährung des Volkes und für die Handelsbilanz würdigt. (1) Ferner wären Maßnahmen zu treffen, die der Wiederherstellung des Preisausgleichgewichtes für Landwirtschafts- und Industrieerzeugnisse dienen. (2) Die Regierung könnte und sollte ihrerseits auch geeignete Schritte tun, um die großen wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer und Arbeitnehmer einander näherzubringen. (3)

Die Trusts, Syndikate und Kartelle hatten nach der Entlassung von Tausenden von Arbeitnehmern nichts Eiligeres zu tun, als die Preise zu erhöhen und die Löhne und Gehälter zu senken. Wir stehen der Entwicklung der Trusts und Kartelle, besonders solcher internationaler Art, nicht so freudigen Herzens gegenüber, wie manche Regierungsstellen. Es besteht zweifellos die Gefahr der Wächminderung des Staates durch die sich in immer größerer Zahl bildenden wirtschaftlichen Machtzentren. Hiergegen muß sich der Staat durch eine wirksame Kartellgesetzgebung schleunigst schützen. In die Verwaltungen der monopolistischen Rohprodukte- und Halbfabrikatetrusts muß durch Gesetz eine paritätische Vertretung der abnehmenden Industrien und des Handels hineinkommen. Durch Ergänzung des bisherigen Betriebsrätegesetzes ist die Einführung von Zentralbetriebsräten bei den großen fusionierten Konzernen ebenfalls zu sichern. Preisveränderungen bei bestimmten Roh- und Halbfabrikatindustrien sollten der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums und eines kleinen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates unterliegen. Die Gesamtkontrolle bei fortschreitender Vertrustung der Industrie müßte der Reichswirtschaftsminister in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium durchführen. Vordringlich sei ein Verbot der Preisbindung der nächsten Wirtschaftsstufe durch die Kartelle und Syndikate. Das Mittel eines beweglichen Zolles, das dem Reichswirtschaftsminister in die Hand gegeben werden könnte, ist auch in den Kreis der Erörterungen zu ziehen. Gegen den Markenartikelmissbrauch, durch den die Preise unnatürlich hochgehalten werden, mühten von den zuständigen Stellen sofort durch Normalisierungsbestimmungen vorgegangen werden.

Verhärfung des Konflikts in den Wurstfabriken. Ablehnung des Schiedspruchs.

Wie wir bereits am Sonntag mitteilen, war am 8. Oktober für die in den Betrieben des Verbandes Berliner Fleischwaren-, Wurst- und Konfektfabriken Beschäftigten ein Schiedspruch gefällt worden, durch den das bisherige Lohnabkommen bis zum 31. Dezember verlängert werden soll. Die Arbeiter hatten eine Erhöhung ihrer Löhne um 10 Pf. pro Stunde gefordert, was von den Unternehmern mit der Forderung auf Herabsetzung der Löhne um 5 Proz. beantwortet wurde.

Zu diesem Schiedspruch nahmen gestern Abend in den Wurstfabriken familiäre in dieser Branche beschäftigten Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischer Stellung. Der Vorsitzende, Genosse Schulz, der den Bericht von den Verhandlungen gab, empfahl den

Verammelten die Ablehnung dieses Schiedspruchs, da er der Tatsache nicht Rechnung trägt, daß seit 14 Monaten trotz steigender Lebenshaltungskosten keine Erhöhung der Löhne eingetreten ist.

Die Verammelten gaben in der Aussprache ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß der Gewerberat Körner in anderen Gewerben, wo die Konjunktur schlecht ist, den Abbaumwünschen der Unternehmer verhältnismäßig weit entgegenkommt, hier aber, wo zurzeit Hochkonjunktur herrscht und eine Erhöhung der Löhne für die Unternehmer durchaus tragbar ist, den Wünschen der Arbeiter die volle Schulter zeigt. Sie lehnten den Schiedspruch für den die Erklärungsfrist am Donnerstag abläuft, einstimmig ab und beauftragten die Organisationsleiter, nochmals mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten und von ihnen die klare Antwort zu verlangen, ob sie zu der geforderten Lohnerhöhung bereit sind oder nicht. Sollten sie die Forderung wieder ablehnen, so wird sofort eine Verammlung einberufen werden, in der die Abstimmung über den Streik vorgenommen werden soll.

Die österreichischen Beamten lehnen ab. Die Regierung will ein neues Angebot machen.

Wien, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Fünfundzwanzigerausschuß der Beamten hielt gestern Abend eine Sitzung ab, die der Beratung des Regierungsangebotes, eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 10½ Proz. durchzuführen, gewidmet war. Es wurde beschlossen, dem Bundeskanzler eine Erklärung zu überreichen, die das Angebot der Regierung als unzureichend bezeichnet und die Forderungen wiederholt, auf denen die Beamten und Angehörten unbedingt bestehen müssen. Ein solch ultimatives Schreiben konnte jedoch nicht überreicht werden, da der Bundeskanzler die Abordnung wissen ließ, daß der Ministerrat am Mittwoch abermals zu den Beamtenforderungen Stellung nehmen und dann neue Angebote machen werde.

Die Lage im englischen Bergbau. Abnahme der Kohlenvorräte.

London, 13. Oktober. (U.) Die letzten Berichte über die Lage im Bergbau zeigen gegenüber Montag ein Anwachsen der in die Gruben zurückgekehrten Bergleute um 19.479. Die Arbeiter in Nottingham und Derbyshire sind nach eintägigem Feiern wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Von dem Normalstand von 1.107.129 sind bis gestern 217.877 Arbeiter wieder in den Gruben tätig gewesen. (Wieviele davon Sicherheitsarbeiter sind, wieviel Kohlen gefördert, darüber schweigt diese Unternehmensstatistik. H. d. B.) Die Distrikte, in denen die Bergarbeiter noch geschlossen hinter den Bergarbeitergewerkschaften stehen, sind Southwales, Durham und North-Cumberland.

Die gestrige Delegiertenkonferenz der Notstandsarbeiter in London nahm einstimmig eine Resolution an, derzufolge die Notstandsarbeiter auch weiter in den Gruben belassen werden. Dem Beschluß war eine Besprechung einer Delegation der Notstandsarbeiter mit dem Arbeitsminister vorangegangen, in der es sich, wie schon berichtet, um die Zahlung von Unterzügen an die nichtbeschäftigten Mitglieder der Organisation handelte.

Am Abend trat das Kohlenkomitee des Kabinetts unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Baldwin zusammen. Das Kohlenkomitee hat sich mit den in England vorhandenen Kohlenvorräten beschäftigt. Die Vorräte sind gegenüber den letzten vierzehn Tagen im Zusammenhang mit dem erhöhten Bedarf der anderen Länder etwas zurückgegangen. In der Zwischenzeit sind keine neuen Verbindungen mit der Bergarbeitergewerkschaft aufgenommen worden. Die Regierung beabsichtigt vorläufig nicht, neue Schritte zur Beilegung des Streiks zu unternehmen.

Scharfer Konflikt im holländischen Bergbau.

Amsterdam, 12. Oktober. (Eigener Bericht.) Im Limburger Kohlenbecken haben die Grubendirektoren einen Vorstoß unternommen, der allgemeine Verbitterung in der Arbeiterschaft ausgelöst hat. Dem Sekretär des Allgemeinen Niederländischen Bergarbeiterverbandes, Genosse Kramer, wurde mitgeteilt, daß seine Teilnahme an den Sitzungen des gemeinsamen Ausschusses abgelehnt wurde, weil er in seinem Buche „Helft den unglücklichen Bergarbeitern!“ nicht den Tatsachen entsprechende Angaben gemacht habe.

Ueber die Vorgeschichte der jetzigen Aktion teilt Genosse van der Vilt, der Vorsitzende des Allgemeinen Niederländischen Bergarbeiterverbandes, mit, daß die Grubendirektionen schon im Herbst 1925 die Löhne zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern versuchten. Schließlich willigten die Bergarbeiterverbände vorübergehend in die Verlängerung der Sonnabendarbeit unter der Bedingung ein, daß die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt, die Entschädigung unrechtmäßig entlassener Arbeiter erhöht wird und die Verlängerung der Arbeitszeit als von nur vorübergehender Art betrachtet werden soll. Da sich seitdem die Lage im Bergbau bedeutend günstiger gestaltet habe, wäre im gemeinschaftlichen Ausschuss am 8. Mai d. J. der Antrag auf Wiedereinführung der sechsständigen Sonnabendarbeit wieder eingebracht worden. Auch sonst seien zahllose Klagen über die Berechnung der Akkordlöhne, schlechte Behandlung unter Tage durch beaufsichtigendes Personal, übermäßig schwere Arbeit und Strafgeißel vorgebracht worden. Im gemeinschaftlichen Ausschuss fanden die Arbeitervertreter sehr wenig Verständnis und Entgegenkommen. Die Bergarbeiterverbände hätten daraufhin den Verkehrsminister in einem Offenen Brief ersucht, eine offizielle Untersuchung der Gruben zu veranstalten, aber bis heute sei von dem zuständigen Minister noch nichts erfolgt. Die Bergarbeiterverbände mühten daher jede Verantwortung ablehnen, wenn es unter solchen Umständen zu einem allgemeinen Bergarbeiterstreik in Limburg komme.

Wegen Arbeits- und Lohndifferenzen für Einscher sind die Bauten der Baufirma Holzmann im Buschkrug, in Reinkenndorf, am Schillerpark und in Potsdam gestoppt. Die Einscherarbeiten liefert die Firma Bedmann aus Güstrow, Zwischenmeister Lampert, Deutscher Holzarbeiterverband, Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Vor einem internationalen Platinsyndikat.

Von Amerika aus gehen Bestrebungen, die bedeutendsten Platinhersteller der Welt zu einem Kartell zusammenzubringen. Die Ursachen dieser Verhandlungen sind zurückzuführen auf den starken Rückgang des Verbrauchs der europäischen Länder, insbesondere Frankreichs und Deutschlands, sowie die große Steigerung der Platinproduktion. Die Weltzeugung betrug im Jahre 1912 etwa 315.000 Unzen. (Eine Unze ist ungefähr gleich 31,105 Gramm.) Im Jahre 1922 wurden infolge der kritischen Verhältnisse in Russland, das vor dem Kriege der Hauptzeuger von Platin war, insgesamt nur 71.000 Unzen produziert. Im Jahre 1924 beläuft sich die Weltproduktion jedoch schon wieder auf 104.000 Unzen, während der Konsum nicht nur in dem stark in seiner Kaufkraft geschwächten Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten sich verringert hat.

Der Verbrauch Deutschlands betrug vor dem Kriege mehr als 91.000 Unzen. Nach einer Schätzung dürfte er im vergangenen Jahr sich auf höchstens 12 bis 14 Proz. dieser Menge belaufen. Die Gründe für den allgemeinen Konsumrückgang sind in dem schlechteren Absatz von hochwertigen Luxusartikeln und in dem Mangel an neuen Verwendungsmöglichkeiten in der Technik zu suchen. Der hohe Preis von Platin und platinverwandten Metallen machte z. B. in der Kohlen- und Benzingewinnung einen Ersatz durch billigere Metalllegierungen als Katalysator notwendig. Ähnlich suchte man sich auch auf anderen Gebieten mit billigeren Metallen zu helfen.

In England, Amerika, Frankreich und Holland haben sich nur große Vorräte von Platin angesammelt, gleichzeitig hat man in Südafrika neue Erzfunde gemacht. Man glaubt, daß die Weltzeugung sich allein durch diese Erzfunde um annähernd 20.000 Unzen vergrößern dürfte. Die führenden Interessentengruppen wollen nun versuchen, durch Produktionsbeschränkung und Preisbindungen den Markt vor Erschütterungen zu bewahren. Bisher glaubte man, daß alle Syndikatsbestrebungen an dem Widerstand der russischen Erzeuger scheitern würden. Man hielt es für unmöglich, daß die rein kommunistischen Russen an einem Kartell der Amerikaner, Franzosen, Deutschen und Engländer sich beteiligen würden. Bei der augenblicklichen Einstellung der Sowjetregierung ist aber eine Beteiligung durchaus denkbar und es heißt sogar, daß Verhandlungen mit maßgebenden Stellen bereits begonnen haben. Platin kostete vor dem Kriege in Deutschland etwa 5 M. je Gramm. Im Jahre 1924 durchschnittlich 14,85 M. und im Jahre 1925 15 M. je Gramm. Juni 1926 12,50 M. und am 10. Oktober etwa 14 M. je Gramm. Die größte deutsche Platinaffinerie befindet sich in Hanau. Infolge der glänzenden technischen Einrichtung hat diese Firma in Zusammenarbeit mit Krupp-Budau und der Maschinenfabrik Humboldt Katt auch die Errichtung der Hütten in Südafrika übernommen.

Der preußische Soanenland. Die Statistische Korrespondenz berichtet über den Soanenland in Preußen Anfang Oktober u. a.: Das Bild ist für die wichtigsten Hackfrüchte nicht besonders erfreulich. Die ohnehin durch den feuchten Sommer benachteiligten Kartoffeln werden um weitere 0,1 Punkte mit 3,4, noch schlechter bewertet als im Jahre 1923. Die Zuckerrüben und die Futterrüben haben sich ebenfalls verschlechtert, und zwar um 0,1 und 0,2 Punkte und stehen jetzt beide auf 3,0. Gebeffert hat sich dagegen der Klee um 0,2 Punkte, während Luzerne und Wiesen gleichgeblieben sind. Der Stand der Kohl- und Mohrrüben sowie des Kohls ist etwa als mittel zu bezeichnen. Die einzelnen Landesteile zeigen zum Teil erhebliche Abweichungen vom Staatsdurchschnitt. — Die Halmfruchtenernte ist jetzt durchweg beendet. Der Erdrusch wird vielfach als nicht sehr befriedigend angesehen und bleibt meist hinter den Erwartungen und Schätzungen der vorigen Monate zurück. Besonders feine Schädigungen durch Risse eingetreten. Der Strohertrag wird meist als ausreichend bezeichnet.

Neue Zusammenschlüsse. Aus zwei Spezialindustrien werden neue Zusammenschlüsse gemeldet. So haben die 6 führenden Paternenfabriken eine Konvention geschlossen, um in Hamburg eine gemeinsame Verkaufsstelle zu bilden. Zunächst soll das Exportgeschäft, das die bisherige gegenseitige Konkurrenz schädigte, zentralisiert und gemeinsam betrieben werden. Darüber hinaus denkt man an ein gemeinsames Produktionsprogramm zur Verbilligung der Produktion. Mit einem Auktionenleiter laufen die Verhandlungen noch. Die beiden Gummiwarenfabriken Ph. Genin AG. und Jul. Marx, Heine u. Co. AG. schlagen ihren Aktionären die Fusion vor, um von der Zusammenfassung der Produktion und den erwarteten Erparnissen für Leistungsfähigkeit und Rentabilität zu profitieren.

Die Auszahlung des deutschen 300-Millionen-Kredits an Russland. Die Gesamthöhe der Aufträge, die auf Grund des deutschen 300-Millionen-Mark-Kredits an Russland von der Berliner Sowjethandelsvertretung bisher vergeben worden sind, beläuft sich, wie der Ost-Expres berichtet, auf rund 21 Millionen Dollar (88,2 Millionen Mark). Davon entfallen 18,5 Millionen Dollar auf Aufträge mit vierjähriger Kreditfrist und 2,5 Millionen Dollar auf solche mit zweijähriger Frist. Die Höhe der Aufträge, die bereits vom interministeriellen Ausschuss genehmigt worden ist, beträgt 16,9 Millionen Dollar. Unter anderem sind von der Berliner Sowjethandelsvertretung für die russische Naphtha-industrie schwere Installationen in Höhe von 3,8 Millionen Dollar und leichte Installationen für 0,2 Millionen Dollar, für den Truft „Donugoi“ schwere Installationen für 2,7 Millionen und leichte für 0,4 Millionen bestellt worden.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Kurt Geiger; Wirtschaft: Heinz Salomon; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familien: K. H. Wülfers; Soziale und Sonstige: Fritz Ruchhöft; Anzeigen: H. Glode; Familien in Berlin: Verlag: Bornhards-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhards-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Betten

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	55.-
Unterbetten	10.-	15.-	32.-	43.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Stoppdecken	15.-	18.-	18.-	20.-
Dauendecken	48.-	60.-	86.-	95.-
Metallbetten	15.-	18.-	22.-	27.-
Stlg. Matr. u. Kelik.	15.-	18.-	24.-	28.-

Bettenhaus A. Schonert
Oranienstraße 12 — Eckhaus Heinrichplatz

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122

Der Neue-Welt-Kalender 1927

Ältester Kalender des werktätigen Volkes

enthält neben Kalendarium, Messen und Märkte, Ebbe- und Flut-Tabelle

aktuelle Beiträge

künstlerischer und unterhaltender Art. Interessante Plaudereien über technische und wissenschaftliche Fragen

Preis 80 Pfennig

Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachfl. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2
den Botenfrauen und sämtlichen Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Rasierklinge.

„Streubel's Feingold“ (früher Dettelklinge) ist immer anerkannt beste, für normale Gesichtshärte, 2 Ritzel 1 Ltr. hoch geschliffen u. abgerichtet, liefert diese Klinge eine Feinheit u. Schärfe, die gar nicht verstanden werden kann. Es ist ein Parfüm, das die höchste Qualität in 500 Geschäften Deutschlands erhält, wo nicht, beim Fabrikanten, Streubel, Berlin 33, Taborstr. 12. Die Klinge kostet 10 Ritzel 3,25 RM. dabei 1 Ritzelapparat od. Geißel ab. Rücksendung gratis

Oefen

Eiserne Oefen - Kacheloefen

Herde

für Kohle und Gas

R. Zechlin

Berlin C.25
Alexanderplatz 19

la. Eiderfettkäse
9 Pfd. M. 6,20 irko.
Dampfkäsefabrik
Radeburg.

Dr. Bernard's Buchenerwein

gesetzlich geschützt — Seit länger als 60 Jahren als Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:

Tuberkulose Heiserkeit Bronchialkatarrh Husten, Asthma, Magen- und Darmkrankheiten

Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körpergewichts! Besserung des Allgemeinbefindens. Abnahme des Hungers.

Originalflasche M. 2,50 Fünf Flaschen (eine Kar) M. 12,50. Porto und Verpackung frei.

Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke, Berlin SW 18, Kurstr. 34, Spittelmarkt. — Gegenüber 1638

Bestandteile: Destillat des Buchenters 1 G, A-Kohl 2 G, Enzian 4 G, Pomeranzenschale 4 G, Weidw 1 G, Sirup 4 G

Gartenparzellen

best. 1200 qm
Str. 300 qm
Bauzahl. Best. 6 Trau
zu 9-1000 qm
Bauzahl. Best. 6 Trau
15. Ecke Straße 20.

Albert Springare

Großgarage und Tankstelle
Tag und Nacht geöffnet

Auto - Reparatur - Werkstatt
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 4376

Lothringer Str. 107, Ecke Liniestraße 14, am Prenzlauer Tor.